

Einigung in der EU: Sie wollen uns weiter alle verarschen

Sie wollen uns verarschen, und ich bin wirklich gespannt, ob Angela Merkel und ihre medialen Hilfstruppen auch dieses Mal wieder damit durchkommen. Die angebliche „Einigung“ der EU in der Flüchtlingsfrage ist nichts als ein Wischi-Waschi-Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen. Lesen Sie mal Absatz 11 des gestrigen „Beschlusses“, in dem es wörtlich heißt, die EU-Mitgliedsstaaten „sollten“ alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um Sekundärmigration zu verhindern! Von „möglichen Sammelstellen für Bootsflüchtlinge“ berichtet heute der „Spiegel“ (online). Und – mein Lieblingssatz in diesem Artikel: „Auch könnten EU-Länder am Mittelmeer wie Italien oder Griechenland freiwillig geschlossene Aufnahmelager schaffen.“ Ja, könnten sie. Oder auch nicht...

Das Dokument ist nichts weiter als eine nette Absichtserklärung, dass man mal etwas tun sollte. So, wie man in Brüssel seit drei Jahren erfolglos darum herumblaviert, wie man Polen, Österreich und jetzt Italien dazu bringt, eine gemeinsame Linie mit Deutschland und Frankreich durchzusetzen, an deren erster Stelle der konsequente Schutz der EU-Außengrenzen gegen die Schlepper-Mafia stehen muss.

Nein, diese „Einigung“ ist eine Beruhigungsspiel, die Frau Merkel der stetig wachsenden Schar ihrer Kritiker anbietet. Sie ist alles andere als ein Umsteuern in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Begleitet wird das von den Leitmedien des Gutmenschentums in Deutschland, die seit Tagen Kübel von Hohn und Spot über Innenminister Horst Seehofer und seiner CSU ausschütten. So als seien nicht Vergewaltiger und Messerstecher das Problem in Deutschland, sondern die bevorstehende Landtagswahl in Bayern und die Titelverteidiger von der CSU. So als seien nicht Hunderttausende abgelehnter und nicht abgeschobener Asylbewerber unser Problem, sondern dass die AfD wachsen könnte.

„*SPIEGEL online*“ treibt heute seine Kriegsrhetorik in ungeahnte Höhen: „Eine bayerische CDU hätte für Grüne und FDP katastrophale Folgen“ wollen sie uns allen Ernstes weismachen. Wollen wir es vielleicht mal einen kleinen Moment lang mit Nachdenken versuchen? Seit vielen Jahren gewinnt die CSU bei Wahlen in Bayern mit großen Mehrheiten – fernab von CDU-„Erfolgen“ anderswo unter 30 Prozent. Ohne den CSU-Anteil der bayerischen Wähler bei der Bundestagswahl kommt die Merkel-Partei gerade mal noch auf gut 25% der Stimmen. Die CSU ist seit Jahrzehnten mit dem so nicht ausgesprochenen Leitmotiv „Bayern zuerst“ die erfolgreichste Volkspartei Europas. Das Land liegt bei allen wichtigen Parametern wie Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Bildung – weit vor allen anderen Bundesländern.

Und nun frage ich Sie: Wer um alles in der Welt, braucht in Bayern eine programmatisch entkernte und personell ausgelaugte CDU? Meine Antwort: kein Mensch!

Löws Mannschaft ist Ausdruck einer Entwicklung zur Mittelmäßigkeit, die unsere Gesellschaft erfasst hat

Focus Online

Ziemlich erschüttert von KLM

Die Kreisfrauenratsvorsitzende im Landkreis Verden, Karin Labinsky-Meyer, ist „ziemlich erschüttert“, lese ich heute auf *FOCUS Online*. Grund ist, dass die Frauen Union der CDU dort die Journalistin Birgit Kelle zu einem Vortrag eingeladen hat. KLM bezieht sich dabei auf Nikolaus Schneider, früherer EKD-Ratsvorsitzender, dessen Gender-Beauftragte von 4.000 existierenden Geschlechtern ausgeht. Nun, in unserer Bibel zu Hause steht noch was von Gott, der den Menschen als Mann und Frau erschaffen hat. Wahrscheinlich eine rechtspopulistische Bibel. Man hat ja immer geahnt, was die Kelles zu Hause so rumstehen haben...

Ich bin wirklich ziemlich erschüttert, dass es im Landkreis Verden Frauenverbände gibt, die sich mit so einer Staatsratsvor... entschuldigen Sie, Kreisfrauenratsvorsitzenden schmücken, die ein Lebensmodell, das Frauen in unserem Land und auf der ganzen Welt in großer Mehrheit freiwillig für sich wählen, als „fundamentalistische Kreise“ abqualifiziert. Und mehr zu dem Thema zu schreiben, wäre zu viel der Ehre für KLM...

GASTSPIEL Stefan Hartmann über das Kreuz des Kardinals mit dem Kreuz und seinen Bischöfen

„Ich fürchte nicht die Stärke des Islams, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt. Es hat keine verpflichtende Sittenlehre, keine Dogmen mehr.“

Dieser Satz des großen Publizisten und Islamkenners Peter Scholl-Latour (1924-2014) könnte die Kreuzprobleme von Kardinal Reinhard Marx, des amtierenden Münchener Erzbischofs und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, etwas erklären helfen. Zusammen mit dem evangelischen bayerischen

Landesbischof und EKD-Vorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm sah er sich Ende Oktober 2016 bei einer bischöflichen Pilgerreise ins Heilige Land verpflichtet, auf dem Jerusalemer Tempelberg das bischöfliche Brustkreuz abzulegen. Das Foto davon machte die Runde und war kein glücklicher Auftakt zum ökumenisch angelegten Reformationsjubiläum.

Der mediale „shitstorm“, dem die beiden Kirchenführer daraufhin ausgesetzt wurden, war gewaltig, das nachfolgende Fehlereingeständnis eher halbherzig. Kein Dogma der Christen ist so zentral wie das „pro nobis“ des die Menschen in Christus erlösenden Kreuzes, aber genau dieses Dogma wurde durch das Jerusalemer Zeichen relativiert. Vielleicht war dies indirekt ein Grund für den bekennend evangelisch-lutherischen neuen bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, mit einem „Kreuzerlass“ für Behörden des Freistaats ein öffentliches Gegenzeichen zu setzen. Aber nun verfällt derselbe Kardinal wenige Tage nach dessen Ankündigung über die „Süddeutsche Zeitung“ in eine mediale Schelte des Politikers, wirft ihm „Spaltung“, Unruhestiftung und Instrumentalisierung des Kreuzes für politische Zwecke vor.

Der CSU gegenüber distanzierte Teile des katholischen Milieus in Medien und Ordinariaten sekundierten ihm, ein Jesuit und ein Hochschulpfarrer schreiben einen offenen Brief, aber viele Gläubige sind irritiert und verärgert über das Vorgehen gegen ein politisches Glaubenszeichen, sei es nun mehr kulturell-ethisch oder religiös verstanden. Es folgt ein weiterer und noch heftigerer „shitstorm“, aber auch fundierte Unterstützung der Staatsregierung durch besonnenere Bischöfe. Hier liegt ein weiteres „Kreuz“ des Münchener Kardinals. Er meinte, eine Glaubensfrage wie die Zulassung evangelischer Ehepartner zur katholischen Eucharistie zum Gegenstand einer Mehrheitsentscheidung machen zu können. Dem widersprachen alle fünf bayerischen Bischöfe mit dem Kölner Kardinal Woelki in einem Brief an die Glaubenskongregation. Ein Brief, der auf merkwürdige Weise aus dem Bonner Sekretariat der Bischofskonferenz an den Kölner Stadtanzeiger durchgestochen wurde. Seither gibt es den „Kommunionstreit“ in einer gespaltenen Bischofskonferenz - der Auslöser dazu war die fehlerhafte Moderation des Kardinals mit den Kreuzproblemen.

Nun ist der aus Geseke in Westfalen stammende Münchener Kardinal Reinhard Marx zwar kein Bayer, aber der barocken Lebensweise durchaus nicht abgeneigt. Er leitet das weltweit wohl reichste Erzbistum mit einem sechs Milliarden Euro Besitz. Dagegen wäre nichts zu sagen, ein fähiger Generalvikar (Msgr. Peter Beer) verwaltet das Kirchenvermögen transparent und solidarisch gegenüber Hilfsbitten aus der Weltkirche. An „Macht“ scheint es also dem Erzbischof von München nicht zu fehlen, warum also die zeitgeistkonformen Machtdemonstrationen gegenüber der CSU-Staatsregierung und den etwas anders denkenden Mit-Bischöfen?

Viele Laien und Kleriker nicht nur in München und Bayern vermissen ein mehr spirituelles Profil beim Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Bei aller Sympathie für seinen evangelischen Kollegen Bedford-Strohm sollte dieses Profil auch als katholisch erkennbar bleiben. Um der Einheit und des Friedens in der deutschen katholischen Kirche bedarf es also einer Besinnung und Umkehr - oder der Neuwahl eines Vorsitzenden, der wieder wie Erzbischof Zollitsch und Kardinal Lehmann nach außen die Einheit der Bischofskonferenz glaubwürdig vertreten kann. Der „Ball der Einheit“ wurde durch den

besorgten Brief der sieben Diözesanbischöfe ins römische Feld gespielt, von dort aber wieder zurückgegeben. Die Lösung liegt allein vor Ort in der Erkenntnis, dass geistliche und pastorale Fragen nicht durch Machtdemonstrationen einer Mehrheit entschieden werden können, sondern einvernehmlich in Verbundenheit mit der Lehre der Kirche. Deshalb ist man noch lange nicht eine „Filiale Roms“, wie es ein weiteres unglückliches Wort des überforderten Kardinals mit den Kreuzproblemen zum Ausdruck brachte.

Wie kalt sind diese Relativierer, die sich ja selbst für so gute Menschen halten?

Die 28-jährige Frau lag hilflos auf einem Parkplatz in Bad Kissingen. Sie hatte sich zuvor Heroin in die Blutbahn geschossen. Zwei junge afghanische Flüchtlinge kamen vorbei, einer entkleidete die dort in Lebensgefahr schwebende Frau, legte sich auf sie und vergewaltigte sie. Dann ließen die beiden Gäste unseres Landes die völlig Hilflose dort nackt liegen und gingen weiter.

Die gute Nachricht: die Täter wurden damals schnell ermittelt und nun beide zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Und die Frau hat es überlebt. Ob man das, was sie nach Drogensucht und dieser Tat hat noch „Leben“ nennen kann, wage ich zu bezweifeln.

Seit Monaten vergeht kein Tag in Deutschland, ohne dass nicht solche oder vergleichbare Fälle „geschehen“. Es ist unfassbar, mit welcher Gleichgültigkeit die sogenannten Bundeskanzlerin und ihre Klatschkolonnen über das Leiden dieser inzwischen zahlreichen Opfer hinweggehen, von denen sie ja qua Amtseid Schaden abwenden müsste.

Natürlich wollen und müssen wir Menschen in Not helfen. Als Bürger, Humanisten, Christen, als wohlhabendes Land müssen wir das. Aber viele dieser jungen Männer, die hier zu Tausenden ohne Pass aber mit Smartphone an unseren Grenzen durchgewunken werden, sind keine Opfer. Sie verachten uns und unsere Gesetze, Werte und Traditionen. Sie wollen - legitim - ein besseres Leben. Sie wollen - illegitim - hier machen, was sie wollen. Sie berauben alte Leute, sie greifen andere mit Messern an - oder auch mal Machete - , sie fassen Frauen zwischen die Beine, vergewaltigen und töten. So wie gerade die 14-jährige Susanna aus Wiesbaden - missbraucht und erdrosselt von einem jungen Iraker. Nicht so schlimm, war ja nur eine Frau?

Vergewaltigungen und Mord hat es früher auch gegeben, entgegnet die **#wirschaffendas**-Fraktion auf die endlos erscheinende Reihe von Gewaltverbrechen. Und? Ist die unbestreitbare Tatsache, dass es auch Verbrecher deutscher Herkunft in diesem Land gibt, wirklich ein Argument dafür, weitere Verbrecher aus anderen Kulturen hier einreisen zu lassen? Und wenn die dann ein Verbrechen begangen haben, gefasst und verurteilt und dann sogar noch abgeschoben worden sind - muss man dann genau diese

Leute dann zwei Wochen später wieder einreisen und einen neuen Asylantrag hier stellen lassen, wie Frau Merkel das vor ein paar Tagen in der Bundestagsfraktion allen Ernstes vertreten hat? Das kann man sich gar nicht ausdenken, was derzeit hier passiert. Nein, nicht derzeit, sondern schon seit zweieinhalb Jahren.

Dieses Relativieren einer dramatischen Fehlentwicklung ist nicht mehr zu ertragen. Als vergangene Woche in Viersen ein 15-jähriges Mädchen am helllichten Tag in einem öffentlichen Park erstochen wurde, bekam ich allen Ernstes eine Mail, in der mich jemand fragte, ob ich der Meinung sei, dass an diesem Fall auch Frau Merkel schuld sei? Nein, Frau Merkel ist nicht schuld an diesem Fall. Denn der Täter ist weder Flüchtling noch Muslim. Er stammt aus Bulgarien...

Von Ideologen, die Eltern entmachten wollen, und was WIR tun können

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Petra Honekamp lernen Sie hier heute eine neue kluge Stimme auf meinem Blog kennen. Hier finden Sie eine Ecke im Internet, wo die freie Meinung gepflegt und daran erinnert wird, was einst selbstverständlich und gut war. In diesem Fall das Recht der Eltern, über die Erziehung und Zukunft der eigenen Kinder selbst zu entscheiden. Dieses Recht wird uns im Grundgesetz ausdrücklich garantiert, und dieses natürliche Recht hatten Eltern zu allen Zeiten, bis irgendwann menschenverachtende Ideologen rund um den Erdball begannen, die Eltern in der eigenen Familie zu entmachten.

Heute kommt die größte Bedrohung für die traditionelle Familie aus der Mitte der Gesellschaft, vom rot-grünen Parteienblock und leider auch aus Teilen der bürgerlichen Parteien CDU und FDP. Wenn es um den Gender-Schwachsinn geht, der für viele Linksmenschen zu einer üppig sprudelnden Einnahmequelle geworden ist, oder die Verstaatlichung der Kindererziehung, intensiv vorangetrieben von der früheren Familienministerin von der Leyen (CDU), die heute die Bundeswehr ruinieren darf - die Bedrohungen der Freiheit von Eltern, ihre Kinder so zu erziehen wie sie wollen, sind immens.

Auch dabei sind wir Bürgerlichen gefragt, Widerstand zu leisten. Nicht auf der großen politischen Bühne, sondern dort, wo wir etwas bewirken können. Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten in der Schulpflegschaft und als Elternvertreter im Kindergarten! Widersprechen Sie! Gehen Sie auf die Barrikaden! Beschweren Sie sich bei der Leitung, wenn Weihnachtsfeiern zu „Winterfesten“ umgewidmet, kein Schweinefleisch mehr bei Grillfesten angeboten und Kinder im Unterricht mit Lehrmaterialien zur Frühsexualisierung drangsaliert werden!

Wir verändern nichts, wenn wir auf Facebook nur jammern und jedem Irrsinn, der in unserem Land

passiert, tatenlos vom Sofa aus zugucken. Vor dem Fernseher und am Grill gewinnt man keinen Kulturkampf...

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Klaus Kelle

GASTSPIEL: Petra Honekamp über das Recht der Eltern, frei zu entscheiden

Als Eltern haben wir schnell gelernt, dass unsere Entscheidungen nicht nur uns betreffen, sondern stets Auswirkungen auf unsere Kinder haben. Wo sollen sie zur Welt kommen? Wo und wie wollen wir als Familie wohnen? Wer geht arbeiten? Wer kümmert sich um die Kinder? Es gibt unzählige Entscheidungen, die getroffen werden müssen. Aber wie findet man zu den richtigen Entscheidungen? Was ist das Beste für die Kinder? Woran orientieren wir uns? Haben wir wirklich Entscheidungsfreiheit?

Vor allem bei der Entscheidung zur Fremdbetreuung unserer Kinder hat unsere Familie wichtige Erfahrungen gesammelt. Für uns war klar, dass unsere Kinder in einen Kindergarten gehen werden. Als wir unseren Sohn mit drei Jahren für drei Stunden pro Tag anmelden wollten, reagierte man in der ausgewählten Einrichtung skeptisch. Man empfahl uns eindringlich, in Erwägung zu ziehen, den Jungen schon ein Jahr früher anzumelden, da ansonsten möglicherweise kein Platz für ihn reserviert werden könne. Man untermauerte das mit vielen guten Gründen. Doch wir blieben bei unserer Entscheidung und bekamen dann auch einen Platz.

Leider war unser Sohn vom ersten Kindertag an dort nicht glücklich. Ich musste ihn fast jeden Morgen überreden, dort hinzugehen. Auch wenn ich ihn fröhlich wieder abholte, wirkte er nie begeistert. Als dann in der Einrichtung eine große Umbaumaßnahme begonnen wurde, wollte er gar nicht mehr hingehen. Er wurde unzufriedener und immer wieder bat er uns, nicht mehr dorthin zu müssen. Erst nach neun Monaten hin und her konnten wir uns durchringen, auf Sohn und unser Bauchgefühl zu hören und ihn wieder abzumelden. Es war die beste Entscheidung für unseren Sohn, und wir hatten danach eine tolle kindergartenfreie Zeit zusammen mit seiner kleinen Schwester.

Eineinhalb Jahre später versuchten wir es nochmal in einem anderen Kindergarten. Dieses Mal zusammen mit seiner Schwester, die mittlerweile auch dreieinhalb Jahre alt war. Alles lief zunächst gut, bis unser Sohn in die Schule kam. Doch ab dem ersten Schultag des Jungen wollte auch seine kleine Schwester nicht mehr gehen.

Und wieder die gleichen Fragen, die gleichen Gespräche. Am Ende haben wir auch unsere Tochter für

das letzte Jahr vom Kindergarten abgemeldet und sind nun gespannt auf das kommende Jahr.

Warum war es für uns so schwer, diese Entscheidungen zu treffen? Fremdbetreuung hat einen guten Ruf. Medien und Gesellschaft sind sich sicher, dass Kinder in einem Kindergarten bestens aufgehoben sind. Dort können sie spielen und lernen, haben Kontakte zu Gleichaltrigen, erfahren Abwechslung vom Familienalltag und werden von guten Pädagogen betreut. Wir lernten in beiden Einrichtungen gute Pädagogen kennen, engagierte und liebevolle Erzieherinnen, die sich mit Hingabe um die Kinder kümmerten und versuchten, die besten Rahmenbedingungen für ihre Schützlinge zu schaffen. Aber bei 25 Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren mit zwei Betreuern sind die Möglichkeiten begrenzt. Nicht jedes Kind kommt gut zurecht.

Wir konnten unsere Entscheidung, die Kinder wieder abzumelden, frei treffen, denn ich bin momentan Vollzeitmama und damit flexibel. Das gilt aber nicht für alle Familien. Viele sind auf die Betreuung angewiesen, weil Beide arbeiten. Ich wünsche mit, dass Familien z.B. durch Steuererleichterungen mehr Freiheit bekommen, sich in den ersten Jahren auch für die Selbstbetreuung zu Haus entscheiden zu können. Momentan wird sogar darüber diskutiert, eine Kindergartenpflicht einzuführen, damit würde sich auch diese Entscheidungsfreiheit erledigen. Wieder ein Stück Freiheit und Selbstbestimmung weniger.

Ich bin sicher, dass die meisten Eltern gute Entscheidungen für ihre Kinder treffen können. Natürlich sind solche Entscheidungen durch das jeweilige Umfeld, die Erfahrungen und durch Rahmenbedingungen geprägt. Aber wir sollten das System kritisch beleuchten und für unsere Freiheiten eintreten. Vielleicht erleben wir Widerstände, und oft müssen wir uns mit den Rahmenbedingungen und Gesetzen arrangieren, die unsere Entscheidungen bestimmen.

Und eins ist ganz klar: Wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, dann sollte es sich für uns und unsere Kinder einfach gut anfühlen. Und dann war es ganz sicher die richtige Entscheidung.

Ökonom Max Otte beim Hayek-Club in Münster: Wer macht eigentlich die Regeln?

NRW.jetzt

Was wollten die Herren vom ZDF eigentlich gestern Abend in Münster?

Zu Hause und zurück von einer inspirierenden Veranstaltung des Hayek-Clubs in Münster mit dem bekannten Ökonomen Max Otte. Vor der Tür ein Kamerateam des ZDF, das nicht angemeldet war. Aufmerksam wurden die etwa 80 Teilnehmer im Saal des Gasthauses dadurch, dass ein einzelner Kameramann auf etwa 50 Meter Entfernung in Richtung unseres Gebäudes filmte - was auch immer. Der Mann und wohl ein zweiter Kollege kamen näher, schauten durch Fenster und bauten vor einer Scheibe ein Stativ mit Kamera auf. Dann standen sie drei Stunden auf Kosten von Ihnen allen herum, bis die Veranstaltung vorbei war und die Teilnehmer das Gasthaus verließen, ohne dass erkennbar irgendeiner den Journalisten Auskunft gab.

Die Hayek-Gesellschaft und die Hayek-Clubs - benannt nach dem österreichischen Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek - fördern die wirtschafts-, rechts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Erkenntnis im Geiste Friedrich A. von Hayeks sowie deren Verbreitung. Zum Beispiel durch Vortragsabende wie diesen mit Max Otte.

Warum sind die hier, fragte sich sicher nicht nur ich mich beim Anblick der Herren. Hätten Sie über die Veranstaltung berichten wollen, wären sie ja reingekommen und hätten die Reden aufgenommen. Kamen sie aber nicht, sie versuchten lediglich nach der Veranstaltung O-Töne von Teilnehmern über was auch immer zu bekommen.

Dazu muss man wissen, dass Otte ein Patriot ist, der seit vielen Jahren der CDU angehört, aber vor der Bundestagswahl angekündigt hatte, er werde dieses Mal AfD wählen. Vor einigen Wochen veranstaltete er das „Neue Hambacher Fest“ in Tradition der Veranstaltung von 1832. Und die stand beim Mainstream unter Generalverdacht, weil u. a. Bestsellerautor Thilo Sarazzin und Jörg Meuthen von der AfD dort sprachen. Kann es wirklich sein, dass die Herren vom ZDF aus diesem Grund dort standen und aus der Ferne filmten? Einfach so, weil Otte dort sprach? Eine Art mediale Stasi mit vernünftiger Kamera?

Die Veranstaltung gestern drehte sich übrigens ausschließlich um Wirtschaft und Freiheit, ein bisschen USA- und EU-Kritik, ein paar Spitzen gegen den Euro. Das war's... Kein Wort über gute und böse Parteien, keine Kritik an Merkel, nicht ein einziges Mal fiel das Wort Flüchtlinge. Und wenn? Das wäre doch noch erlaubt gewesen...

Suaviter in modo, fortiter in re: Ein guter Tag für

Seehofer und die CSU

Haben Sie heute irgendeine inhaltliche Aussage der CSU aus den vergangenen Tagen gehört, die zurückgenommen wurde? Irgendeine? Will Horst Seehofer jetzt auf die Abweisung bereits in EU-Staaten registrierter Flüchtlinge verzichten? Ist Ministerpräsident Markus Söder eingeknickt, der heute Morgen noch einmal unmissverständlich erklärt hat, oberstes Ziel seiner aktuellen Politik sei es, die illegale Einwanderung nach Deutschland zu stoppen? Gab es inhaltlich irgendein auch nur geringstes Abrücken vom 63. Punkt in Seehofers Asyl-Masterplan? (die anderen 62 sind ja bereits Konsens zwischen CDU und CSU.)

Nein, der einzige Punkt, den die AfD-Wahlkämpfer gegen die CSU vorbringen (Drehhofer“), ist, dass die CSU der Bundeskanzlerin eine Frist von 14 Tagen eingeräumt hat, eine europäische Lösung in der Frage des konsequenten Schutzes der deutschen Grenzen zu finden. Wenn in einer Bundesregierung die Kanzlerin einen der Koalitionspartner um zwei Wochen Aufschub für die Lösung eines komplizierten Problems bittet, kann dieser das wirklich verwehren? Will die CSU bei einem Scheitern von Merkels Bemühungen und nach dem möglichen Zusammenbruch von Regierung und dem historischem Ende der Gemeinschaft der Unionsparteien in Deutschland die Schuldige sein, die den Crash verursacht hat, weil man der Regierungschefin und Parteivorsitzenden nicht lumpige zwei Wochen Zeitaufschub gewähren wollte?

In Wirklichkeit war das heute ein guter Tag für Seehofer und die CSU, die inhaltlich steht wie eine Eins. Die die große Mehrheit der Bevölkerung für ihren Asylplan hinter sich weiß und viele Abgeordnete der CDU im Bundestag auch. Es geht in diesen Tagen um nichts anderes, als dass Deutschland die Kontrolle über seine Grenzen wieder fest in die eigenen Hände nimmt, illegale Massenzuwanderung verhindert und deutsches und europäisches Recht durchsetzt. Erst dann geht es um die Landtagswahl in Bayern.

Und Frau Merkel? Für die geht es ums politische Überleben. Und das weiß sie. Ich sehe nicht den geringsten Lösungsansatz, der ihr die gewünschten Ergebnisse innerhalb von 14 Tagen bringt. Nicht in diesem Europa, nicht mit Slowakei, Österreich, Italien und anderen. Nicht nach drei Jahren ohne Fortschritte in der EU.

Wird Angela Merkel Ende dieses Jahres noch Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sein? Ich wette 100 Euro dagegen.